



UWG Rastede

Gruppe SPD und UWG

im Rat der Gemeinde Rastede

Herrn Bürgermeister
Dieter von Essen
Sophienstraße 27

26180 Rastede

Rüdiger Kramer, SPD-Fraktionsvorsitzender
Am Hankhauser Busch 32
26180 Rastede
Tel. 04402/8 11 65
mobil 0167-4707617
e-mail: ruedigerkramer@ewe.net

Theo Meyer, UWG-Fraktionsvorsitzender
Kreyenstraße 85
26180 Rastede
Tel. 04402/7832
e-mail: Theo.k.m.meyer@ewetel.net

Rastede, 02. Januar 2019

Straßenausbaubeiträge

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Gruppe SPD/UWG im Rat der Gemeinde Rastede stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

zeitnah im Finanz- und Wirtschaftsausschuss das Thema
Straßenausbaubeitragssatzung in Rastede inhaltlich umfassend vorzustellen und
zudem auf die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle und ihre Auswirkungen auf
unsere Gemeinde einzugehen. Auch eine eventuelle Abschaffung der
Straßenausbaubeiträge ist dabei mit zu berücksichtigen.

Dies soll als Entscheidungsgrundlage für die zukünftige Ausrichtung unserer
Straßenausbaufinanzierung dienen.

Begründung:

Straßensanierungen kosten viel Geld. Dieses Geld ist von den Bürgerinnen und
Bürgern der Kommunen aufzubringen – entweder durch Steuern oder durch
Straßenausbaubeiträge. In Rastede erfolgt dies durch Straßenausbaubeiträge, die
einmalig erhoben werden. Das regelt die Satzung über die Erhebung von Beiträgen
nach § 6 NKAG (Nds. Kommunalabgabengesetz) für straßenbauliche Maßnahmen in
der Gemeinde Rastede vom 27.04.2004.

Die Erhebung der Straßenausbaubeiträge führt immer wieder zu Unmut bei den Anliegern. Die Kosten des Ausbaus bzw. der Sanierung werden anteilig von der Gemeinde und von den Anliegern getragen. Die Anlieger haben dabei in der Regel den höheren Anteil zu übernehmen. Gerade vor dem Hintergrund gestiegener Ausbaukosten kann es hier zu erheblichen Einmalzahlungen im vierstelligen Bereich durch die jeweiligen Anlieger kommen.

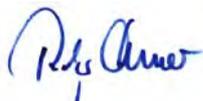
Beitragspflichtig sind im Übrigen nur die Anlieger an den Gemeindestraßen. Anwohner an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind nicht betroffen, was durchaus als ungerecht empfunden werden kann.

Nunmehr lässt das NKAG auch die Möglichkeit der Finanzierung durch die Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge zu. Der Rat der Gemeinde Zetel hat hiervon Gebrauch gemacht und im Dezember eine entsprechende Satzung erlassen.

Dies könnte durchaus auch für Rastede eine Finanzierungsmöglichkeit sein. Es werden von den Bürgerinnen und Bürgern wiederkehrende geringe Beträge erhoben, die dann zweckgebunden für den Straßenausbau herangezogen werden. Die hohen Einmalzahlungen entfallen. Dabei sollte aber auch eine Verschonungsregelung für Anlieger, die bereits Erschließungsbeiträge bezahlt haben, Berücksichtigung finden.

Inwieweit sich das jedoch überhaupt für die Gemeinde und ihre Bürgerinnen und Bürger rechnet und ob noch andere Möglichkeiten der Finanzierung in Frage kommen, das soll die Verwaltung zunächst eruieren und den Gremien vorstellen. Erst danach kann letztendlich eine Entscheidung getroffen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Rüdiger Kramer
SPD-Fraktionsvorsitzender

gez. Theo Meyer
UWG-Fraktionsvorsitzender